

Reichsgesetzblatt

Teil II

1940	Ausgegeben zu Berlin, den 20. November 1940	Nr. 39
Tag	Inhalt	Seite
15. 11. 40	Gesetz über das deutsch-italienische Abkommen zur Bekämpfung des Schmuggels und anderer Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze	259
13. 11. 40	Wierundzwanzigste Verordnung zur Eisenbahn-Verkehrsordnung	269
14. 11. 40	Bekanntmachung zu der dem Internationalen Abkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste	269
15. 11. 40	Bekanntmachung zu der dem Internationalen Abkommen über den Eisenbahn-Personen- und Gepäckverkehr beigefügten Liste	269

**Gesetz über das deutsch-italienische Abkommen
zur Bekämpfung des Schmuggels und anderer Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze.
Rom 15. November 1940.**

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1

(1) Dem in Rom am 24. Februar 1940 unterzeichneten deutsch-italienischen Abkommen zur Bekämpfung des Schmuggels und anderer Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze sowie dem dazu gehörigen Schlußprotokoll vom gleichen Tage wird zugestimmt.

(2) Das Abkommen und das Schlußprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Zur Durchführung der Artikel 9 und 10 des Abkommens wird folgendes bestimmt:

§ 1

(1) Wer den Zollgesetzen des Königreichs Italien im Gebiet des Deutschen Reichs oder des Königreichs Italien zuwiderhandelt, wird ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit ebenso bestraft, wie wenn er gegen die entsprechenden im Deutschen Reich geltenden Gesetze verstoßen hätte. Ist ein entsprechendes im Deutschen Reich geltendes Gesetz oder in einem solchen Gesetz eine entsprechende Abgabe nicht vorhanden, so finden die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung im Dritten Teil, Erster Abschnitt (Strafrecht) sinngemäß Anwendung.

(2) Zollgesetze im Sinne dieses Artikels sind auch die Verbote des Königreichs Italien über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, Zahlungsmitteln, Wertpapieren und Wertgegenständen, sowie die Vorschriften über andere Abgaben, die durch die italienische Zollverwaltung bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr erhoben werden.

(3) Sofern nach den Strafvorschriften des Deutschen Reichs die Strafe nach dem Wert einer Ware oder nach dem Betrag einer Abgabe zu berechnen ist, sind für die Strafbemessung die Vorschriften des Königreichs Italien für die Wertberechnung und Abgabenermittlung maßgebend. Umrechnungskurs ist der letztbekannte Berliner Börsenmittelkurs oder bei dessen Fehlen der letztbekannte amtliche Mittelkurs.

§ 2

(1) Die Strafverfolgung wegen der im § 1 bezeichneten Zuwiderhandlungen hat zur Voraussetzung, daß von der zuständigen Behörde des Königreichs Italien ein Ersuchen um Einleitung eines Strafverfahrens gestellt und daß, sofern es sich nicht um ein selbständiges Einziehungsverfahren handelt, der Beschuldigte im Gebiet des Deutschen Reichs ermittelt wird.

(2) Die Strafverfolgung und Bestrafung erfolgt durch dieselben Behörden und in denselben Formen wie die Verfolgung und Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die entsprechenden im Deutschen Reich geltenden Gesetze.

(3) Sofern ein Straferkenntnis einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde (Strafurteil, Strafbefehl, Strafbefcheid) noch nicht ergangen ist, ist das Strafverfahren auf Ersuchen einer zuständigen Behörde des Königreichs Italien einzustellen.

§ 3

Für die Unterbrechung der Verjährung bei der Verfolgung und Bestrafung der Zuwiderhandlungen gegen die im Deutschen Reich oder im Königreich Italien geltenden Zollgesetze haben die Amtshandlungen der Gerichte, Behörden und Beamten des Königreichs Italien dieselbe Wirkung wie die Amtshandlungen der Gerichte, Behörden oder Beamten des Deutschen Reichs.

§ 4

Hat eine zuständige Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Königreichs Italien auf Grund der Artikel 9 und 10 des Abkommens ein Straferkenntnis erlassen, so hat es für das Erlöschen des deutschen Strafanspruchs dieselbe Wirkung, wie wenn das

Straferkenntnis in Gebiet des Deutschen Reichs ergangen wäre.

Artikel 3

(1) Das Gesetz gilt für das Gebiet des Großdeutschen Reichs einschließlich der eingegliederten Ostgebiete.

(2) Der Artikel 2 dieses Gesetzes tritt im Großdeutschen Reich einschließlich der eingegliederten Ostgebiete, ausgenommen das Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren, zu demselben Zeitpunkt in Kraft wie das deutsch-italienische Abkommen zur Bekämpfung des Schmuggels und anderer Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze; der Zeitpunkt, an dem das Abkommen und sein Schlussprotokoll gemäß Artikel 19 des Abkommens in Kraft treten, ist im Reichsgesetzblatt bekanntzugeben. Der Tag, an dem der Artikel 2 des Gesetzes im Protektorat Böhmen und Mähren in Kraft tritt, wird durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen und des Reichsministers des Innern im Reichsgesetzblatt bekanntgegeben werden. Im übrigen tritt das Gesetz mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

(3) Das Gesetz tritt zugleich mit dem deutsch-italienischen Abkommen vom 24. Februar 1940 zur Bekämpfung des Schmuggels und anderer Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze außer Kraft.

Berlin, den 15. November 1940.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Vorsitzende

des Ministerrats für die Reichsverteidigung

Göring

Reichsmarschall

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

Freiherr von Weizsäcker

Der Reichsminister der Finanzen

Graf Schwerin von Krosigk

Der Reichsminister des Innern

Frid

Der Reichsminister der Justiz

Dr. Gurtner

Der Reichswirtschaftsminister

In Vertretung

Dr. Landfried

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

Dr. Lammers

*

*

*

Deutsch-italienisches Abkommen zur Bekämpfung des Schmuggels und anderer Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze

Das Deutsche Reich und das Königreich Italien sind übereingekommen, ein Abkommen zur Bekämpfung des Schmuggels und anderer Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze zu schließen. Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler

den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem König von Italien und Albanien, Kaiser von Äthiopien, Herrn Dr. Hans-Georg von Mackensen, den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Herrn Dr. Theodor Wucher

Seine Majestät der König von Italien und Albanien, Kaiser von Äthiopien

Exzellenz Amedeo Giannini, Botschafter, Senator,

den Cav. di Gran Croce Ivo Bagli, Direttore Generale delle Dogane e delle Imposte Indirette

die nach Prüfung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

1. Die vertragsschließenden Teile werden nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen bei der Verhinderung, Verfolgung, Feststellung und Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Teils mitwirken.

2. Zollgesetze im Sinne dieses Vertrages sind auch die Verbote über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, Zahlungsmitteln, Wertpapieren und Wertgegenständen sowie die Vorschriften über andere Abgaben, die durch die Zollverwaltungen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr erhoben werden.

Artikel 2

Die Dienststellen und Beamten der Zollverwaltungen der vertragsschließenden Teile haben zur Verhinderung und Bekämpfung von Zuwiderhandlungen

Convenzione italo-germanica per la repressione del contrabbando e delle altre infrazioni alle disposizioni doganali

Il Regno d'Italia ed il Reich Germanico hanno convenuto di stipulare una convenzione per la repressione del contrabbando e delle altre infrazioni alle disposizioni doganali. A questo scopo sono stati nominati plenipotenziari:

da S. M. il Re d'Italia e di Albania, Imperatore di Etiopia:

l'Eccellenza Amedeo Giannini, Suo Ambasciatore, Senatore del Regno,

il Cav. di Gran Croce Ivo Bagli, Direttore Generale delle Dogane e delle Imposte Indirette

dal Cancelliere del Reich Germanico:

l'Eccellenza Hans Georg von Mackensen, Ambasciatore di Germania presso la Real Corte,

il Dott. Theodor Wucher, Direttore Ministeriale presso il Ministero delle Finanze del Reich

i quali, dopo aver verificato i loro pieni poteri, trovati in buona e debita forma, hanno convenuto quanto segue:

Art. 1

1. Le Parti contraenti collaboreranno, a norma delle seguenti disposizioni, nel prevenire, perseguire, accertare e punire le infrazioni alle norme doganali dell'altra Parte.

2. Sono considerate norme doganali, agli effetti di questa Convenzione, anche quelle che concernono i divieti di importazione, di esportazione e di transito, sia di merci che di valuta, titoli ed altri valori, nonchè le disposizioni relative ad altri tributi che vengono riscossi dalle dogane in occasione della importazione, della esportazione e del transito.

Art. 2

Gli Uffici ed i Funzionari delle Amministrazioni doganali delle Parti contraenti debbono assistersi reciprocamente per impedire e reprimere

gen gegen die Zollgesetze einander zu unterstützen, ihre Wahrnehmungen einander unverzüglich mitzuteilen und einen freundschaftlichen Verkehr zu pflegen.

Artikel 3

Die Dienststellen und Beamten der Zollverwaltungen der vertragschließenden Teile sind berechtigt und verpflichtet, Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Teils mit denselben Mitteln zu verhindern, die ihnen zur Verhinderung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des eigenen Staates zu Gebote stehen.

Artikel 4

1. Jeder der vertragschließenden Teile wird auf Verlangen des anderen Teils Personen, die den begründeten Verdacht der gewerbs- oder gewohnheitsmäßigen Begehung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Teils erregt haben, überwachen lassen.

2. Werden im Zollgrenzbezirk (zona di vigilanza) des einen Teils Warenvorräte in einer den gewöhnlichen Bedarf übersteigenden Menge aufgehäuft und entsteht der begründete Verdacht, daß dies zur Begehung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Teils geschieht, so werden solche Lager auf Verlangen dieses Teils überwacht.

Artikel 5

Die Dienststellen und Beamten der Zollverwaltungen haben ihre Kenntnis von Zuwiderhandlungen, die gegen die Zollgesetze des anderen Teils begangen oder versucht sind oder zum Schaden dieses Teils geplant werden, den Zolldienststellen dieses Teils unverzüglich mitzuteilen. Sie haben über die in Betracht kommenden Tatsachen, soweit sie diese zu ermitteln vermögen, jede sachdienliche Auskunft zu erteilen und erforderlichenfalls auch Akten und Beweisstücke zur Verfügung zu stellen.

Artikel 6

1. Die Zolldienststellen eines der vertragschließenden Teile dürfen zur Ermittlung und Feststellung einer vollendeten oder zum Schaden des eigenen Landes versuchten Zuwiderhandlung gegen die Zollgesetze bei den Zolldienststellen des anderen Teils Auskünfte über die von diesen vorgenommenen Maßnahmen, die ausgestellten Zollpapiere und die Eintragungen der Waren in die Amtsbücher einholen.

mere infrazioni alle norme doganali, comunicarsi immediatamente le loro osservazioni e mantenere relazioni di amichevole vicinato.

Art. 3

Gli Uffici ed i Funzionari delle Amministrazioni doganali delle Parti contraenti sono tenuti ad impedire le infrazioni alle norme doganali dell'altra Parte con i medesimi mezzi che hanno a loro disposizione per impedire le infrazioni alle leggi doganali del proprio Stato.

Art. 4

1. Ognuna delle Parti contraenti farà sorvegliare, dietro richiesta dell'altra Parte, le persone che avessero fatto sorgere il fondato sospetto di trasgredire per professione o per abitudine le norme doganali dell'altra Parte contraente.

2. Se nella zona di vigilanza (Zollgrenzbezirk) di una Parte venissero depositate quantità di merci superiori alle esigenze del consumo locale e sorgesse il fondato sospetto che ciò sia fatto per trasgredire le norme doganali dell'altra Parte, a richiesta di quest'ultima tali depositi saranno sottoposti a sorveglianza.

Art. 5

Gli Uffici ed i Funzionari delle Amministrazioni doganali debbono comunicare immediatamente agli Uffici doganali dell'altra Parte contraente le trasgressioni doganali consumate, tentate o che si progettassero ai danni di questa e venute a loro conoscenza, dando notizia di tutti i fatti e relativi particolari che abbiano potuto scoprire e, in caso di bisogno, mettere a disposizione anche atti e documenti di prova.

Art. 6

1. Gli Uffici doganali di una delle due Parti contraenti, allo scopo di scoprire o accertare una infrazione di legge doganale consumata o tentata ai danni del proprio Paese, hanno diritto di ottenere dagli Uffici doganali dell'altra Parte contraente informazioni sulle operazioni da essi compiute, sui documenti rilasciati e sulle registrazioni effettuate nei riguardi delle merci.

2. Die Zolldienststellen der vertragschließenden Teile werden einander auf Verlangen jede gewünschte Auskunft über die Auslegung und Handhabung der Zollgesetze sowie über die Statistik im Warenverkehr erteilen.

3. Die in den vorstehenden Absätzen bezeichneten Auskünfte können durch dazu ermächtigte Beamte auch mündlich von Zolldienststellen des anderen Teils eingeholt werden. Der Besuch der Beamten ist dem anderen Teil vorher anzukündigen und muß von diesem gestattet sein.

Artikel 7

1. Die Zolldienststellen werden einander über die Ein- und Durchfuhrverbote, über die in Betracht kommenden Abfertigungsstellen, deren Abfertigungsbefugnisse und über die Zollstraßen unterrichten.

2. Die Zolldienststellen der vertragschließenden Teile werden:

- a) Warensendungen, bei denen sich herausstellt, daß ihre Ein- oder Durchfuhr im Gebiet des anderen Teils verboten ist, nur beim Nachweis einer besonderen Erlaubnis zum Ausgang zulassen;
- b) Waren des großen Handelsverkehrs nur auf einer Zollstraße ausführen lassen.

Artikel 8

Die Zolldienststellen jedes der vertragschließenden Teile können von der Zolldienststelle des anderen Teils zur Freigabe der für die Durchfuhr oder Wiederausfuhr von Waren geleisteten Sicherheiten sowie wegen der für ausgeführte Waren etwa zu gewährenden Abgabenerlasse oder Erstattungen eine Bescheinigung verlangen, aus der die ordnungsgemäße Einfuhr dieser Waren in das Gebiet des anderen Teils hervorgeht.

Artikel 9

1. Jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet sich, Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Teils, die in einem der beiden Gebiete begangen sind, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit des Beschuldigten in gleicher Weise unter Strafe zu stellen wie entsprechende Zuwiderhandlungen gegen die eigenen Zollgesetze.

2. Gli Uffici doganali delle Parti contraenti si scambieranno, a richiesta, anche tutte le informazioni che possono occorrere sulla interpretazione e sulla applicazione delle norme doganali, come anche sulle risultanze statistiche del traffico delle merci.

3. Funzionari a ciò autorizzati potranno anche verbalmente assumere presso gli Uffici doganali dell'altra Parte le informazioni di cui ai comma precedenti. La visita dovrà essere preannunziata all'altra Parte e da questa autorizzata.

Art. 7

1. Gli Uffici doganali si daranno reciproche informazioni sui divieti d'importazione e di transito, sulle facoltà e attribuzioni degli Uffici stessi e sulle vie doganali.

2. Gli Uffici doganali delle Parti contraenti:

- a) non daranno corso alle operazioni di esportazione verso il territorio dell'altra Parte di merci, di cui risultino vietati l'importazione o il transito in tale territorio, salvo che non sia esibito uno speciale permesso.
- b) non lasceranno effettuare esportazioni di carattere commerciale nel territorio dell'altra Parte se non attraverso una via doganale.

Art. 8

All'effetto dello svincolo delle cauzioni prestate a garanzia dell'uscita delle merci in transito o in riesportazione e prima di concedere gli abbuoni e le restituzioni d'imposta eventualmente dovuti in conseguenza dell'esportazione di merci, gli Uffici doganali di ciascuna parte contraente potranno esigere dagli Uffici doganali dell'altra Parte un certificato dal quale risulti che le merci furono regolarmente introdotte nel territorio di questa ultima.

Art. 9

1. Ciascuna delle Parti contraenti s'impegna a punire le trasgressioni commesse nell'uno o nell'altro dei rispettivi territori alle norme doganali dell'altra Parte, qualunque sia la nazionalità del trasgressore, con le stesse sanzioni e con i medesimi procedimenti che si sarebbero resi applicabili ove le trasgressioni fossero state commesse contro le norme doganali del proprio Paese.

2. Sofern die Strafe nach dem Recht des Teils, der das Strafverfahren durchführt, nach dem Wert einer Ware oder nach dem Betrag einer Abgabe zu bemessen ist, sind für die Strafbemessung die Vorschriften des anderen Teils über die Wertberechnung oder Abgabenermittlung maßgebend.

Artikel 10

1. Die Strafverfolgung einer Zuwiderhandlung gegen die Zollgesetze des anderen Teils ist in jedem Fall von einem entsprechenden Ersuchen einer zuständigen Stelle dieses Teils abhängig. Sofern es sich nicht um die Durchführung eines Strafverfahrens gegen Unbekannt handelt, muß der Beschuldigte sich im Gebiet des ersuchten Teils befinden und dort ermittelt werden.

2. Das Strafverfahren ist auf Ersuchen einer zuständigen Stelle des Teils, der um die Strafverfolgung ersucht hat, einzustellen, solange eine Straf- oder Verwaltungsbehörde noch nicht ergangen ist.

3. Jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet sich, die Straf- oder Verwaltungsentscheidungen des anderen Teils anzuerkennen, soweit es sich um das Erlöschen des Strafanspruchs handelt.

4. Der zuständigen Behörde des ersuchenden Teils wird Gelegenheit gegeben werden, sich zu Gnaden- oder Strafmildungen, die für die Verurteilten eingereicht werden, zu äußern; auf jeden Fall wird der andere Teil von Gnaden- oder Strafmildungen in Kenntnis gesetzt werden.

Artikel 11

1. Jeder der vertragschließenden Teile hat dem anderen in Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze auf Ersuchen einer zuständigen Behörde des anderen Teils nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Rechtshilfe zu leisten.

Jeder der beiden vertragschließenden Teile verpflichtet sich:

- a) Untersuchungs- oder Vernehmungen vorzunehmen, insbesondere Vernehmungen von Beschuldigten, Auskunftspersonen, Zeugen und Sachverständigen, Beschlagnahmen und Durchsuchungen;
- b) Beamte der Zollverwaltung als Auskunftspersonen, Zeugen oder Sachverständige zu stellen;

2. Qualora, secondo la legge della Parte che deve provvedere, la sanzione debba essere commisurata al valore di una merce o all'ammontare di un tributo, la sanzione stessa sarà determinata sulla base del valore o del tributo accertato dall'altra Parte.

Art. 10

1. Il procedimento penale per la trasgressione alle norme doganali dell'altra Parte contraente è subordinato in ogni caso ad apposita richiesta degli organi competenti della Parte stessa. Se il trasgressore è noto, occorre che questi si trovi nel territorio della Parte richiesta di procedere e vi sia stato identificato.

2. Fino a quando non sia intervenuta una pronuncia dell'Autorità giudiziaria o amministrativa, il procedimento penale deve essere abbandonato ove ne sia fatta istanza dagli organi competenti della Parte che lo ha richiesto.

3. Ciascuna delle Parti contraenti s'impegna a riconoscere le pronunce dell'altra Parte per quanto concerne l'estinzione del reato.

4. All'Autorità competente della Parte che ha richiesto il procedimento sarà dato modo di esprimere il proprio parere sulle domande di grazia presentate a favore dei condannati e, ad ogni modo, sarà data notizia delle grazie concesse.

Art. 11

1. Ciascuna delle Parti contraenti presterà all'altra assistenza legale nei procedimenti per infrazione alle norme doganali dietro richiesta delle autorità competenti dell'altra Parte che ha bisogno di tale assistenza, a norma delle seguenti disposizioni.

Ciascuna delle due Parti contraenti si obbliga:

- a) a procedere a inchieste e specialmente a interrogatori di accusati, di informatori, di testimoni e di periti; a sequestri e a perquisizioni;
- b) a mettere a disposizione i funzionari doganali quali informatori, testimoni o periti;

- c) Ladungen und sonstige das Strafverfahren betreffende Schriftstücke zuzustellen;
- d) behördliche Auskunft, insbesondere auch aus dem Strafregister, zu erteilen;
- e) dem anderen Teil Akten und Beweisstücke sowie beschlagnahmte Gegenstände herauszugeben, wenn deren Herausgabe nach dem Recht des ersuchten Teils zulässig ist.

Wenn keine Bedenken entgegenstehen, wird der ersuchte Teil gestatten, daß ein damit beauftragter Beamter des ersuchenden Teils bei den Untersuchungshandlungen nach Buchstabe a anwesend ist und auf zweckentsprechende Durchführung der Amtshandlung hinwirkt.

2. Die Rechtshilfe ist auch zu leisten, wenn wegen der Verschiedenartigkeit der Gesetzgebung der vertragsschließenden Teile auf dem Gebiet, das durch dieses Abkommen geregelt wird, die materielle Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist. Die Rechtshilfe kann abgelehnt werden, wenn die zur Leistung der Rechtshilfe berufene Behörde diese auch Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden des eigenen Staates nicht leisten würde.

3. Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, Auskunftspersonen, Zeugen und Sachverständige, die der andere Teil gestellt oder denen er eine Ladung zugestellt hat, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit weder wegen Täterschaft, irgendeiner Art der Teilnahme, Fehllehre oder Begünstigung bei der den Gegenstand der Untersuchung bildenden oder irgendeiner anderen vor der Einreise in ihr Gebiet begangenen strafbaren Handlung zu verfolgen oder zu bestrafen, noch aus einem sonstigen, vorher eingetretenen Rechtsgrund in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränken. Dies gilt nicht, wenn sie nicht innerhalb einer Woche nach dem Tag, an dem sie entlassen werden und die Ausreise möglich ist, das Gebiet des ersuchenden Teils verlassen. Jeder der vertragsschließenden Teile verpflichtet sich ferner, wenn ihm beschlagnahmte Gegenstände herausgegeben worden sind, die Rechte dritter Personen unberührt zu lassen und im Fall eines bei der Übergabe gemachten Vorbehalts die Gegenstände auf Verlangen des anderen vertragsschließenden Teils unverzüglich zurückzugeben.

- e) a citare persone in causa ed a notificare ogni altro atto del procedimento;
- d) a trasmettere informazioni ufficiali specialmente sui precedenti penali del trasgressore;
- e) a consegnare alla parte che procede gli atti e i documenti di prova nonchè gli oggetti sequestrati, semprechè tal consegna possa effettuarsi a norma delle leggi della Parte richiesta.

La Parte richiesta del procedimento, ove non vi sia nulla in contrario, permetterà che un funzionario competente della Parte richiedente assista alle inchieste di cui alla lettera a) con facoltà di provocare dall'Autorità che procede indagini e atti istruttori per l'accertamento del reato.

2. L'assistenza legale è dovuta anche quando, non essendo uniforme la legislazione dei due Paesi nella materia che forma oggetto della presente Convenzione, non è garantita la reciprocità di fatto. L'assistenza potrà essere rifiutata, nei casi in cui l'Autorità chiamata a prestarla dovrebbe rifiutarla anche ad Autorità amministrative o giudiziarie del proprio Paese.

3. Le Parti contraenti s'impegnano a non perseguire o punire, qualunque sia la loro cittadinanza, gli informatori, i testimoni, i periti, che l'altra Parte abbia messo a disposizione o ai quali abbia fatto pervenire la citazione per essere stati autori, complici, ricettatori e favoreggiatori nel reato che forma oggetto della inchiesta o in qualsiasi altro reato commesso prima di entrare nel territorio nel quale sono chiamati; e non limitare la loro libertà personale a qualsiasi altro titolo e per qualsiasi altro precedente motivo, purchè, però, essi lascino il territorio della Parte richiedente nel termine di sette giorni dal dì in cui vennero licenziati e posti in condizione di lasciarlo. Ciascuna delle Parti contraenti s'impegna, inoltre, di far salvi i diritti dei terzi, nel caso di consegna di oggetti sequestrati e di restituire senza indugio, su richiesta dell'altra Parte contraente, gli oggetti sequestrati, ove essi siano stati consegnati sotto riserva di richiederne la restituzione.

Artikel 12

Den Rechtshilfeersuchen nach Artikel 11 ist beizufügen:

- a) im Falle des Absatzes 1 Buchstabe b die Mitteilung einer zuständigen Behörde des ersuchenden Teils über den Gegenstand der Vernehmung;
- b) im Falle des Absatzes 1 Buchstabe e eine Anordnung der Beschlagnahme, die von einer zuständigen Behörde des ersuchenden Teils erlassen ist.

Artikel 13

1. Die Ersuchen um Rechtshilfe nach Artikel 11 sind in der Regel von Behörde zu Behörde im unmittelbaren Geschäftsverkehr zu übermitteln.

2. Geht ein Rechtshilfeersuchen einer unzuständigen Stelle zu, so hat sie es unverzüglich an die zuständige Stelle weiterzuleiten und davon die ersuchende Stelle zu benachrichtigen.

Artikel 14

Für die Entscheidung über die Zulässigkeit der Ersuchen um Rechtshilfe und für das Verfahren bei Leistung der Rechtshilfe sind die Vorschriften des ersuchten Teils maßgebend.

Artikel 15

Die gesetzlichen Vorschriften über die Amtsverschwiegenheit und Geheimhaltung finden auf alles Anwendung, was den Beamten und Angestellten jedes der vertragschließenden Teile auf Grund dieses Abkommens zur Kenntnis gelangt und den anderen vertragschließenden Teil betrifft.

Artikel 16

Die Kosten der Rechtshilfe werden nicht erstattet mit Ausnahme der Entschädigungen, die Sachverständigen gewährt werden.

Artikel 17

1. Bei der Durchführung dieses Abkommens steht den beteiligten Zentralbehörden in der Regel der unmittelbare Verkehr miteinander frei.

2. Die vertragschließenden Teile erklären sich bereit, im Bedarfsfall durch die beteiligten Zentralbehörden Verhandlungen wegen sonstiger gegen-

Art. 12

Alle richieste di assistenza legale, di cui all'art. 11, dovranno essere allegati:

- a) nel caso del paragrafo 1-lettera b), la comunicazione di un'Autorità competente della Parte richiedente sull'oggetto dell'interrogatorio;
- b) nel caso del paragrafo 1-lettera e), un ordine di sequestro emesso da un'Autorità competente della Parte richiedente.

Art. 13

1. Normalmente le Autorità competenti delle due Parti contraenti si trasmetteranno direttamente le richieste di assistenza legale di cui all'art. 11.

2. Qualora una richiesta di assistenza legale pervenisse ad un Ufficio non competente, questi la deve inoltrare immediatamente all'Ufficio competente e darne comunicazione all'Ufficio richiedente.

Art. 14

Per le decisioni sulla ammissibilità delle richieste di assistenza legale e per la procedura da seguire in tale assistenza valgono le disposizioni vigenti presso la Parte richiesta.

Art. 15

I funzionari ed impiegati di ciascuna delle Parti contraenti che, in virtù ed in applicazione della presente Convenzione, siano investiti o vengano a conoscenza di un procedimento che interessi l'altra Parte contraente, sono vincolati al segreto d'ufficio.

Art. 16

Le spese dell'assistenza legale non vengono rimborsate, salvo i compensi dovuti ai periti.

Art. 17

1. Normalmente nell'esecuzione della presente Convenzione le Autorità Centrali delle due Parti contraenti possono corrispondere direttamente tra loro.

2. Le Parti contraenti si dichiarano pronte ad entrare in trattative per il caso che si ravvisassero necessarie o utili anche altre forme di assi-

seitiger Beistandsleistung zur Bekämpfung des Schmuggels und anderer Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze aufzunehmen.

Artikel 18

1. Die Ersuchen um Strafverfolgung und um Rechtshilfe, einschließlich ihrer Unterlagen, sowie der sonstige Schriftwechsel sind in der amtlichen Sprache eines der vertragschließenden Teile abzufassen.

2. Die Ersuchen und ihre Unterlagen bedürfen keiner Übersetzung oder Beglaubigung.

Artikel 19

1. Das Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden.

Das Abkommen tritt mit dem dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

2. Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens kommt Artikel 28 des Handels- und Schifffahrtsvertrags zwischen Österreich und Italien vom 28. April 1923 nebst der Anlage G (Übereinkommen zur Verhinderung des Schmuggels und der Zuwiderhandlungen gegen die Zoll- und Staatsmonopolvorschriften) nicht mehr zur Anwendung.

3. Jeder der vertragschließenden Teile kann dieses Abkommen jederzeit kündigen. In diesem Fall bleibt es jedoch noch sechs Monate nach der Kündigung in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das Abkommen unterzeichnet.

Ausgefertigt in Rom in doppelter Urschrift in deutscher und italienischer Sprache am 24. Februar 1940.

v. Mackensen
Wucher

A. Giannini
Ivo Bagli

stenza nella repressione del contrabbando e delle altre infrazioni alle disposizioni doganali.

Art. 18

1. Le richieste di procedimento penale ed assistenza legale, compresi gli atti ed il relativo carteggio, debbono essere redatti nella lingua ufficiale di una delle due Parti contraenti.

2. Non è necessario che tali richieste e documenti siano tradotti nè legalizzati.

Art. 19

1. Questa Convenzione sarà ratificata. I documenti di ratifica saranno scambiati a Berlino

La Convenzione entra in vigore nel trentesimo giorno successivo a quello dello scambio delle ratifiche.

2. Con l'entrata in vigore di questa Convenzione cessa di avere effetto l'art. 28 del trattato di commercio e navigazione tra l'Italia e l'Austria del 28 aprile 1923, compreso l'allegato G (Accordo per la repressione del contrabbando e delle contravvenzioni doganali e dei monopoli di Stato).

3. Ciascuna delle Parti contraenti ha la facoltà di denunciare la presente Convenzione in ogni tempo. Tuttavia, in tal caso, essa resterà in vigore ancora per sei mesi dalla data della denuncia.

In fede di che i delegati delle due Parti contraenti l'hanno firmata.

Fatto a Roma in doppio originale, in lingua italiana e tedesca, il 24 febbraio 1940.

A. Giannini
Ivo Bagli

v. Mackensen
Wucher

Schlußprotokoll

Bei der Unterzeichnung des deutsch-italienischen Abkommens zur Bekämpfung des Schmuggels und anderer Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgende übereinstimmende Erklärungen abgegeben, die einen wesentlichen Bestandteil des Vertrags bilden:

Zu Artikel 10

1. Die Ersuchen nach den Absätzen 1 und 2 sowie die Erklärungen nach Absatz 4 können auf deutscher Seite von den Oberfinanzpräsidenten und von den Hauptzollämtern, auf italienischer Seite von den Finanzintendanten (Intendenti di Finanza) oder den Zollbezirksdirektoren (Direttori Superiori delle Circoscrizioni doganali) ausgehen.

Die Ersuchen sind von deutscher Seite an die Finanzintendanten (Intendenti di Finanza) in Bozen, Udine oder Triest, von italienischer Seite an die Oberfinanzpräsidenten in Graz oder Innsbruck zu richten.

Der weitere Schriftwechsel in den Strafverfahren erfolgt unmittelbar zwischen den beteiligten Behörden.

2. Die im Zuge der Strafverfahren eingegangenen Strafbeträge und die eingezogenen Waren und Werte verbleiben dem Teil, der das Verfahren durchgeführt hat.

Ausgefertigt in Rom in doppelter Urschrift in deutscher und italienischer Sprache am 24. Februar 1940

v. Mackensen
Wucher

A. Giannini
Ivo Bagli

Protocollo finale

All'atto della firma della Convenzione Italo-Germanica per la repressione del contrabbando e delle altre infrazioni alle disposizioni doganali, i sottoscritti delegati plenipotenziari hanno fatto le seguenti dichiarazioni, che fanno parte integrante della Convenzione stessa:

Ad Art. 10

1. Le richieste di cui ai nn. 1 e 2 nonché le dichiarazioni di cui al n. 4 possono farsi, per parte del Regno d'Italia, dagli Intendenti di Finanza e dai Direttori Superiori delle Circoscrizioni doganali e, per parte del Reich germanico, dai Primi Presidenti di Finanza (Oberfinanzpräsidenten) e dagli Uffici Doganali Principali (Hauptzollämtern).

Le richieste dovranno essere indirizzate da parte italiana al Primo Presidente di Finanza (Oberfinanzpräsident) di Graz o di Innsbruck e da parte germanica agli Intendenti di Finanza di Bolzano, Udine e Trieste.

Le corrispondenze successive relative ai procedimenti penali iniziati saranno scambiate direttamente tra le Autorità competenti.

2. Le somme riscosse nel corso ed a seguito del procedimento penale nonché le merci ed i valori confiscati restano acquisiti alla Parte che ha eseguito il procedimento.

Fatto a Roma in doppio originale, in lingua italiana e tedesca, il 24 febbraio 1940.

A. Giannini
Ivo Bagli

v. Mackensen
Wucher